

# Satzung der Gemeinde Ostseebad Zingst

#### Hinweise zu Bodendenkmalen

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG M-V (GVBI. Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1 vom 14.01.1998, S. 12 ff.) die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Bodendenkmalspflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischst 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Der Beginn der Erdarbeiten ist der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege spätestens zwei Wochen schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Bodendenkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein und eventuell auftretende Funde gemäß § 11 DSchG M-V unverzüglich berger und dokumentieren können. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahmen vermieden (vgl. § 11 Abs. 3).

- 3.1.1 Der vorhandene Baumbestand gemäß Planzeichnung ist zu erhalten. (§ 9 (1) 25 b BauGB) 3.1.2 In jeder Phase der Baudurchführung sind die zu erhaltenden Bäume und Sträucher gemäß DIN 18920 vor schädigenden
- 3.1.3 Wenn zwingende Gründe die Entnahme von Gehölzen erfordern, sind für zu entfernenden Gehölze Ersatzpflanzungen 3.1.4 Abfließendes Niederschlagswasser von Dachflächen und nicht befahrbaren, befestigten Flächen ist in wechselfeuchten Mulden
- oder Rinnen aufzufangen und der Versickerung auf dem Grundstück oder der geplanten Wassermulde / Teich zuzuführen. 3.1.5 Die Befestigung von Grundstücksfreifächen ist nur im Rahmen der festgesetzten Grundflächenzahlen zulässig, wenn dies wegen der Art und Nutzung dieser Flächen erforderlich ist. In diesem Fall sind wasserdurchlässige Baustoffe zu verwenden. 3.1.6 Private Stellplätze und die Fußwege dürfen nur mit wasserge-
- 3.2 Maßnahmen von Verminderung von Eingriffen Begrenzung der Versiegelung
- Verkehrsflächen nach § 9 (1) 11 BauGB 3.2.1 Stellplätze, Fahrbereiche und Fußwege sind unversiegelt,
- d.h. wasserdurchlässig auszuführen. 3.2.2 Die Fahrbahn der verkehrsberuhigten Bereiche (Planstrassen A - C) darf auf einer Breite von 3,5 m versiegelt mit Bitumenbelag ausgebaut werden. Parallel daneben sind auf einer maximalen Breite von 1,5 m Schotterrasensläche je Seite anzulegen. Die hier angeordneten Straßenentwässerungsgrägräben sind mit Extensiv-Wiese zu begrünen. 3.2.3 Zur Gewährleistung einer insektenfreundlichen Beleuchtung
- sind Natriumdampflampen einzusetzen. 3.3 Maßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen
- Die entlang der Jordanstraße liegende Grünfläche ist als Rasenflächen zu entwickeln. Sie ist mit Weiden (Salix alba, 3-reihig, Qualität: Hochstamm, STU 16 / 18 cm, 3 xv) zu staltung zu integrieren. 3.3.2 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von
- Natur und Landschaft nach § 9 (1) 20 BauGB Die ausgewiesene Fläche parallel des Deiches ist als extensive Wiese zu entwickeln. Es sind folgende Pflegemaßnahmen - Mahd 1 x im Jahr, jedoch nicht vor dem 01. August - kein Einsatz von Düngemitteln und Bioziden - Das Mähgut ist nach der Trocknung aufzunehmen und zu Die ausgewiesene Fläche ist als Wassermulde / Teich zur Auf-
- nahme des anfallenden Oberflächenwassers zu entwickeln. Die Wassermulde / Teich ist naturnah unter Beachtung der allgemeingültigen Gestaltungsmaßnahmen (Uferprofillierung, Flachwasserzonen, Bepflanzung usw.) herzustellen. Dabei ist eine Gesamtwasserfläche von 1940 m² einzuhalten. 3.3.3 Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses nach § 9 (1) 16 und § 9 (4) BauGB Die Wasserflächen (Gräben ) sind vor schädigenden Ein-
- flüssen zu schützen. Es wird ein Gewässerschutzstreifen von 7,00 m Breite festgesetzt. Dieser ist als extensive Wiese zu entwickeln. Die Nutzung der Gräben zur Aufnahme des unverschmutzten Oberflächen- und Niederschlagswassers ist gemäß STAUN Abtlg. Wasserwirtschaft i. v. m § 23 WHG zulässig und hier zu nutzen. 3.3.4 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen nach § 9 ( 1 ) 25 a BauGB
- "Bundes Deutscher Baumschulen" entsprechen. Im Bereich der Grünfläche entlang der Jordanstraße und entlang der Anliegerstraßen (Planstraßen A - C) sind den Angaben im Plan entsprechend Weiden (Salix alba, Qualität: Hochstamm, STU 16 / 18 cm, 3 xv) zu pflanzen. Zur Abgrenzung von Grundstücksbereichen sind ohne Ausnahme Weißdorn- Hecken (Crataegus monogyna, Qualität: Sträucher, 2 xv, 60 - 100 cm, 5 Stk. pro m, 2 - reihig gepflanzt, 1,0 m breit) zu pflanzen. Unterbrechungen für Zufahrten und Fußwege sind zulässig. Für Bepflanzungen der Grundstücksfreiflächen sind Obstbäume oder Wildarten (Wildapfel, Wildkirsche) als Hochstamm (Qualität: Flochstamm, STU 14 / 16 cm, 2 xv) zu verwen-
- 3.3.5 Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich im Sinne des § 1a ( 3 ) BauGB ( § 9 ( 1a ) BauGB) In den ausgewiesenen Bereichen des chemaligen Bundeswehrgeländes (Gemarkung Zingst, Flur 5, Flurstücke 60/83 und 60/22) sind entsprechend des Lageplanes der Ausgleichsmaßnahmen 301 Linden (Tilia cordata, Qualität: Hochstamm, STU 18/20 cm 3 x v) zu pflanzen. In den vorgenannten Bereichen sind außerdem 2 422,50 m<sup>2</sup>

### Präambel

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches i.d.F. der Bekanntmachung vom 27. August 1997 und nach § 86 der LBauO M-V vom 26. April 1998 wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom ...... folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 6 "Blaues Wunder" der Gemeinde Ostseebad Zingst für das nachfolgend eingegrenzte Gebiet im Norden durch die Jordanstraße, im Osten durch Wiesenflächen, die Straße Hägerende (zur Kläranlage), im Süden durch den Boddendeich, im Westen durch Wiesenflächen, die in der weiteren Umgebung an das Hotel Marks ihren Anschluß haben, bestehend aus der Planzeichnung

#### Verfahrensvermerke

(Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen.

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 24.02.00. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln vom...... bis zum ...... / durch Abdruck in der zingsler Strougbel Zeitung / im amtliche Verkündigungsblatt) am .17.03.00 erfolgt. Seeheilbad Zingst, den 10,12.03
- Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB beteiligt worden. Seeheilbad Zingst, den 10.12.03 Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

Kataster und Vermessungsong

Der Bürgermeister

- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Bau -GB ist am durchgeführt worden./Auf Beschluß der Ge-vertretung vom ....... ist nach § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung abgesehen worden, / / Seeheilbad Zingst, den 10.12.03
- 4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 06.11.00 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Seeheilbad Zingst, den 10.12.03
- 5. Die Gemeindevertretung hat am 21. 09.00 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Seeheilbad Zingst, den 10.12.03
- Der Bürgermeister 6. Den Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung haben in der Zeit vom 06.11.00 bis zum 07.12.00 I. Auslegung während folgender Zeiten (Tage, Stunden) nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Anregungen
- während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am. 20.10.00in 2005ke 36 auch 60feu. (Zeitung oder amtliches Verkündigungsblatt) - bei Bekanntmachung durch Aushang : in der Zeit vom bis zum ...... durch Aushang- ortsüblich bekanntgemacht worden.
- 7. Der katastermäßige Bestand im Geltungsbereich des B Planes am .. 8.7.2001... wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, daß eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkanger VERMEGO te (ALK 1: 1000, aus dem ursprünglichen im Maßstab 1: 2 500 abgeleitet), vorliegt. Regreßansprüche können nicht abgeleitet werden

Seeheilbad Zingst, den 10.12.03

Ort, Datum

worden.

- 8. Die Gemeindevertretung hat vorgebrachte Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 21.08.03. geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden Seeheilbad Zingst, den 10.12.03
- 9. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist nach öffentlicher Auslegung (Ziff. 6) geändert worden.
- Daher haben die Entwürfe des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie sowie die Begründung in der Zeit vom 03.03.03 bis zum 04.04.04.03 während folgender Zeiten (Tage, Stunden) erneut öffentlich aus-(Dabei ist bestimmt worden, daß Anregungen nur zu den geänder-Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Antegungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 14.02.03 In Strandbote. (Zeitung oder amtliches Verkündigungsblatt) - bei Bekanntmachung durch Aushang: in der Zeit vom.....
- Daher wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 3 Abs. 3 BauGB Satz 2 i.V.m. § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB durchgeführt. Seeheilbad Zingst, den 10.12.03 Der Bürgermeister

bis zum ...... durch Aushang - ortsüblich bekanntgemacht

- 10. Die Geltendmachung im Genehmigungsverfahren von Rechtsver letzungen der Satzung über den Bebauungsplan wurde von der höheren Verwaltungsbehörde mit Schreiben vom 19.04.04. AZ. VIII 200 e 512.113-57.096 Mil Hinweisen und Nebenbestimmungen erteilt. Die Nebenbestimmungen wurden durch satzungsändernden Beschluß der Gemeindevertretung vom .....erfüllt. Die Hin weise wurden beachtet. Das wurde mit Verfügung der höheren Verf
- Seeheilbad Zingst, den 04.05.04
- Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichhnung (Teil Λ) und dem Text (Teil B), wurde am 21.08.03 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom...... gebilligt. Seeheilbad Zingst, den 10.12.03
- 12. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem (Text B), wird hiermit ausgefertigt. Seeheilbad Zingst, den 04.05.04
- 13. Der Beschluß der Bebauungsplansatzung durch die Gemeinde sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 14.05.04 in Zingster Strandboten (Zeitung oder amtliches Verkündigungsblatt) - bei Bekanntmachung durch Aushang - durch Aushang ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf Geltendmachung der Verfahrens - und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf die Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen

Die Satzung über den Bebauungsplan Nr. 6 ist mit Ablauf des 14. 05. 2004 in Kraft getreten.

Seeheilbad Zingst, den 25.05.04

Der Bürgermeister

/Der Bürgermeister

## Zeichenerklärung

nur Einzelhäuser zulässig

1. Festsetzungen § 9 (7) BauGB § 3 (1) BauNVO Reines Wohngebiet mit der Wohnungen in Wohngebäuden § 9(1) 6 BauGB § 4(1) BauNVO Allgemeines Wohngebiet mit der Angabe d. höchstzulässigen Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden § 9 (1) 6 BauGB

§ 23 (1) BauNVO § 9(1) 2 BauGB 0,25 Grundflächenzahl § 16 (2) 1 BauNVO § 22 (1) BauNVO 0 offene Bauweise

§ 22 (2) BauN♥O

§ 9(1) 2 BauGB

Anzahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze § 16 (2) 3 BauNVO Firsthöhe der baulichen Anlagen als FH- 11.0 Höchstmaß in Meter über OK der nächstgelegenen Straßenverkehrsfläche § 16 (2) 4 BauNVO

§ 9(1) 11 BauGB hier Zweckbestimmung:

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen § 16 (5) BauNVO Flächen für Versorgungsanlagen § 9(1) 12 BauGB hier Zweckbestimmung: Elektrizität

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastenden Fläche § 9(1)21 BauGB § 9(1)16 BauGB Wasserfläche Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung § 9 (1) 20 BauGB von Natur und Landschaft

Teich / Flutmulde Wiese, extensiv bewirtschaftet § 9 (1) 25 b BauGB Erhalten von Bäumen

hier Zweckbestimmung:

§ 9 (1) 25 a BauGB Anpflanzen von Bäumen Anpflanzen von Bäumen und Sträu-§ 9 (1) 25 a BauGB hier Zweckbestimmung: Anpflanzen von Sträuchern als Weiß-

dornhecken, 1,0 m breit, bis 1,5 m hoch § 9 (1) 15 BauGB hier: Zweckbestimmung Parkanlage Wiese, extensiv bewirtschaftet

§ 9(1)11 BauGB - Straßenbegrenzungslinie Umgrenzung d. Flächen f. Vorkehrungen zum Schutz gegen schädt. Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionschutz gesetzes 9(1)24 BauGB

2. ohne Normcharakter Flurstücksgrenze mit Grenzpunkt ×× wegfallende Flurstücksgrenze

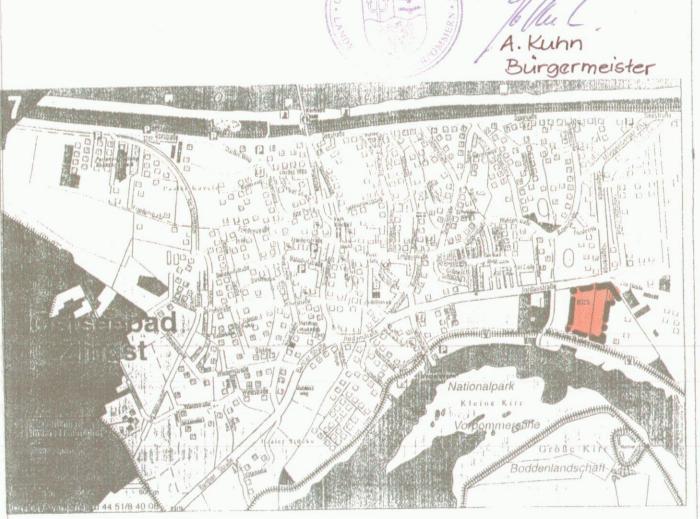
Flurstücksnummer Bezeichnung eines Baufeldes öffentliche Fläche

Sichtdreieck zu beseitigende Böschung wegfallender Baum

7,0 Maßlinie mit Angabe von Metern abzubrechendes Gebäude \* abzubrechender Betonplattenweg zu verfüllender Graben

12 Grundstücks-bzw Parzellennummer \_\_\_\_ neue Grundstücks-bzw.Parzellengrenze

Übersichtsplan 6.0 Planurkunde



Bebauungsplan Gemeinde

"Blaues Wunder" Ostseebad Zingst